



## POSITIONSPAPIER

Zur Vorlage am Landeskongress 2011

Thema:

### ***Mehr Transparenz von Politikern***

#### **Problematik**

Zum heutigen Tag ist Luxemburg in Sachen Transparenz seiner Politiker definitiv kein Musterschüler, sondern eher sogar ein Hinterbänkler. Zwar fordert Artikel 167 des Règlement de la Chambre des Députés, [1] dass Abgeordnete Auskunft über alle Einkommen neben ihrer Abgeordnetendiät geben, doch wird nicht verlangt, dass Beträge genannt werden. Ebenso werden zwar eventuelle (ob ehrenamtlich oder gegen Entlohnung) Nebentätigkeiten abgefragt es wird jedoch wiederum verpasst Beträge dieser Zuwendungen zu notieren. Gleichzeitig wird dieses Register aber zumindest veröffentlicht und das Chamberpräsidium kann jederzeit neue Elemente aufnehmen die in Zukunft veröffentlicht werden sollen. Leider entsprechen die aktuell abgefragten Daten nicht dem weltweiten Standard für Transparenz in der Politik wie ihn Djankov, Shleifer et al. definieren. [2] Eine Kontrolle der Nebeneinkünfte sowie der Vermögenssituation von Regierungsmitgliedern und hohen Beamten fehlt in Luxemburg komplett.

#### **Prinzipien der Piratenpartei**

Die Piratenpartei Luxemburg hält fest, dass Regierungsmitglieder, Abgeordnete und hohe Beamte in erster Linie dem Volk zu dienen haben. Der Wähler als Souverän hat gleichzeitig das Recht in Erfahrung zu bringen welche Nebeneinkünfte Politiker und hohe Beamte die für ihn arbeiten erwirtschaften. Dies ist analog zu den genehmigungspflichtigen Nebeneinkünften im Privatsektor. Die Piratenpartei schreibt in ihrem Grundsatzprogramm "Insbesondere für eine Bewertung politischer Entscheidungsträger ist es unabdingbar, dass die Grundlagen politischer Entscheidungen transparent gemacht werden." Die Vermögenssituation und sich daraus ergebende Abhängigkeiten sind zwingend ein Teil dieser Grundlagen und von daher setzt sich die Piratenpartei Luxemburg für eine verstärkte Transparenz ein.



## Forderungen

Die Piratenpartei Luxemburg fordert die Einführung eines Gesetzes zur Erhöhung der Transparenz in der Politik. Dieses Gesetz soll eine Offenlegung folgender Punkte fordern und auf Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Beamte in der "carrière supérieure, catégorie administrative" Anwendung finden:

- Anlagevermögen
  - Eigenheim
  - Zweitwohnungen, Grundbesitz, Gebäude und Farms
  - Finanzielle Investitionen (z.B. Aktien, Stiftungen, Optionsscheine, Versicherungen u.ä.) und Geschäftsvermögen (Personengesellschaften und Teilhaberschaft)
  - Bankkonten, verzinsten Finanzinstrumente und Bargeld
  - Fahrzeuge (z.B.: Autos, Boote, Flugzeuge)
  - Andere signifikante bewegliche Güter (z.B.: Schmuck, Kunst, Möbel, Vieh)
- Verbindlichkeiten
  - Alle Schulden, Obligationen, Kreditkarten, Hypotheken, Garantien und Bürgschaften
- Einnahmequellen
  - Finanzielle Investitionen (z.B.: Zinsen, Dividenden, Renten, Pensionen und Sozialleistungen)
  - Geschäftsvermögen (Firmen, Teilhaberschaften, Farms, Mieteigentum, Patente)
  - Einkommen aus nicht-selbständiger Tätigkeit
  - Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit (Consulting und andere in Rechnung stellbare Verträge mit dem öffentlichen oder privaten Sektor)
  - Aufsichtsräte und Vorstände
  - Andere Tätigkeiten für die öffentliche Hand
  - Lotterien, Glücksspiel und Einmalzahlungen
- Geschenke
  - Alle erheblichen Geschenke und Leistungen die man erhält
- Potenzielle Interessenkonflikte
  - Ehrenamtliche Verträge und Anstellungen
  - Ehrenamtliche Aufsichtsräte und Vorstände
  - Mitgliedschaften in Vereinen, Stiftungen und Gewerkschaften
  - Ehrendoktorwürden u.ä.

Diese Daten sollen öffentlich und unter Berücksichtigung moderner "open data" und "open government"-Prinzipien zur Verfügung gestellt werden.

Die Vermögensangaben sollen präzise und nicht unter Nutzung von Bereichsgrößen erfolgen. Alle Daten sollen effizient archiviert und einfach durchsuchbar sein. Dies schliesst die Veröffentlichung in einem maschinenlesbaren Format mit ein.

–

[1]

<http://chd.lu/wps/wcm/connect/03d3a2804344ff9181b58dc6c93b4d35/R%C3%83%C2%A8glementDeLaChambre.pdf?MOD=AJPERES&CACHEID=03d3a2804344ff9181b58dc6c93b4d35>

[2]

[http://www.economics.harvard.edu/faculty/shleifer/files/Disclosure\\_by\\_Politicians\\_AEJAPP\\_final.pdf](http://www.economics.harvard.edu/faculty/shleifer/files/Disclosure_by_Politicians_AEJAPP_final.pdf)